

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für den Brauns- und Jugendzeitung einschließlich Dringertlohn monatlich 80 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3485. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftstagen von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die halbjährigen Beiträge mit 25 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresden Postzeitung.

Nr. 112.

Dresden, Dienstag den 18. Mai 1909.

20. Jahrg.

## Immer toller!

Ueber den weiteren Verlauf der Reichstagsarbeit des Steuerkomitees hat am Montag nachmittag der Stenogrammredakteur berichtet. In der Mitteilung über das Ergebnis dieser Beratung wird zugleich über einen Teil der "Fagstauer" Auskunft erteilt. Diese Auskunft ist dazu an die Herrlichkeit der Finanzreform von neuem dem deutschen Volk recht eindringlich zum Bewusstsein zu bringen. Es wird berichtet: Es wurde im Stenogrammredaktion beschlossen, daß der Reichstag am Dienstag in die Ferien gehen soll. Wiederauftritt des Plenums soll am den 15. Juni um erfolgen, und zwar soll dann in der Hauptsache erste Beratung der von der Regierung vorgelegten Gesetzesentwürfe vorgenommen werden. Ein früherer Termin ist nicht in Aussicht genommen worden, da die Regierung die Erklärung ließ, zwar den Erfolg für die indirekten Steuern, noch nicht denjenigen für die direkten Steuern ausgearbeitet der Reichstag aber sämtliche neuen Steuerentwürfe in einem Durchgange zu bringen. Als Ersatz für die von der Kommission erlassenen indirekten Steuern wird die Regierung Erhöhung des Kaffeesteuer und die Einführung einer Zündsteinsteuer beantragen.

So soll der deutsche Steuerzahler aus dem Regen in die Traufe geföhrt werden. Erst sollten Gas und Elektrizität abgezinst werden, es sollten Zeitungsinferate und Platanenabgaben abgezinst werden. Der allgemeine Unwille der Bevölkerung hat Steuern zu Fall gebracht. Sie wurden in der Finanzkommission verworfen und die Regierung suchte nach Ersatz. Nach vielen Monaten ergebnislosen Suchens wies die Regierung des Herrn v. Bälou nichts anderes in Vorschlag zu als Erhöhung des Kaffeesteuer und die Einführung einer Zündsteinsteuer. Eine neue nette Erhöhung! Statt die verworfenen schlechten Steuern durch andere zu ersetzen, die erträglicher sein könnten, werden noch schlechtere eingeföhrt. So unglücklich die Gas- und Elektrizitätsabgabe für die unteren Klassen der arbeitenden Bevölkerung getroffen haben. So zum größeren Teil zahlungsunfähige Schichten getroffen haben. Die indirekten Steuern, so verwerflich sie sind, hätte zum Teil andere Geschäfte und Betätigungsbereiche getroffen. Statt Steuern werden nun solche angeordnet, die am meisten die Masse des Volkes, die gerade auch die ärmsten Familien treffen werden.

So ist die herrliche "nationale Reichsfinanzreform" von Schändlichkeit zu einer neuen verdoppelten Schändlichkeit geworden. Dazu kommt die geplante Neugestaltung der Fahrartensteuer, die wir schon berichtet haben. Erst hieß es bei der Einbringung der Steuerreform: Die Fahrartensteuer soll gänzlich beseitigt werden, da sie sich nicht bewährt hat. Damit sollte auch den neuen Steuern ein klein wenig Schwachkopferei werden. Jetzt soll die Fahrartensteuer nicht beseitigt, sondern "reformiert" werden. Sie soll so gestaltet werden, daß man eine Abmilderung aus den höheren in die unteren Klassen verleiht wird. Zu diesem Zwecke sollen die höheren Klassen der vierten Wagenklasse, die die Fahrartensteuer von 12 M. an Steuerpflichtigen zu zahlen haben, zu 10 M. herabgesetzt werden. Die Fahrartensteuer soll für alle Wagenklassen gänzlich gleich erhoben werden. Sie soll 10 Prozent der Wagenklassen verhältnismäßig stärker herangezogen als die dritte Klasse, soll nun diese "Umkehr" gegen wohlhabende Klassen besetzt, soll die ganze Last dieser Steuer auf die unteren Klassen der dritten und vierten Wagenklasse gewälzt werden. Die direkte Umkehr der indirekten Steuer aber ist allgemach jede Grenze überschritten. Während die Reichsfinanzen sich um die Verbesserung der Einkommensteuer bemühen, sollen die ärmsten Klassen von immer neuen Steuerbelastungen heimgesucht werden.

## Das Geschick.

"Wahlkämpfeaktionen" aller Art werden hinter den Kulissen betrieben. Die Liberalen haben sich von ihren Wutausbrüchen der letzten Tage wieder etwas erholt. Bälou hat ihren Kampf wieder erwielet, sie zu empfangen und zu verteidigen, er doch noch immer gewillt sei, mit den Sozialparteien Finanzreform zu machen. Die Freisinnigen sind hierüber:

Wichtig ist, daß der Reichstagskomitee noch den Wunsch hat, mit den Sozialparteien die Reichsfinanzreform zusammenzubringen, und die in Berücksichtigung der Wichtigkeit dieser Aufgabe in der Reichstagskommission der freisinnigen Partei und der Nationalliberalen sowie der Freisinnigen Fraktionsgemeinschaft Verhandlungen stattgefunden haben über die Formulierung eines dem Reichstagskomitee betreffenden Antrages für die zweite Sitzung in der Reichstagskommission.

Die nationalliberale Nationalzeitung weiß aber von dem Komitee zu berichten als von einem Verwundeten, die Erbschaftsteuer zu formulieren. Sie schreibt:

Die Beratungen, die zwischen dem Reichstagskomitee und den Sozialparteien untereinander gepflogen wurden, haben die Meinung erzeugt, daß Herr Bälou sich nicht von der Trennung trennen will und daß es noch immer möglich ist, die Verhandlungen zu kommen. Allerdings ist dabei Voraussetzung, daß die linksliberalen Gruppen im Block bei der Brant-

weinstenerfrage sich nicht auf den Standpunkt des non possumus (wir können nicht) stellen. Sogar in gemäßigteren konservativen Kreisen nimmt man an, daß auf dieser Grundlage doch noch ein Kompromiß möglich ist.

Die alte Lösung taucht also wieder auf: Erbschaftsteuer gegen Brantweinsteuer. Wenn die Nationalliberalen und der Freisinn sich bereit erklären, den Junkern jährlich mindestens 40 Millionen Schenkesteuer zu geben, so sollen die Junker eine verhältnismäßige Schenke-Brantweinsteuer bewilligen. Es fragt sich nur, ob die Junker auch nur zu diesem "Opfer" bereit sind werden. Wahrscheinlicher ist es, daß die Liberalen noch viel weiter entgegenkommen müssen. Bälou wird sie schon einseifen!

## Die Lage der Arbeiter in amtlicher Beleuchtung.

Das letzte Jahr war für die Arbeiter ein Jahr der Not. Arbeitslosigkeit, vermindelter Verdienst, Lohnkürzungen und dabei hohe Lebensmittelpreise zeichneten es aus. Keine Statistik, keine Beschreibung kann ein vollständiges Bild von all dem Elend geben, das so ein einziges Jahr aufgeworfen hat. Aber aus den Berichten von den verschiedensten Seiten läßt sich doch der Umfang der Krise und deren Wirkungen erkennen. Besonders wertvoll sind hierbei auch die amtlichen Mitteilungen, gerade deshalb, weil sie bestrebt sind, die Verhältnisse in einem noch möglichst ruhigen Licht erscheinen zu lassen und sie dabei dennoch die Tatsachen selbst zugeben müssen. Soeben sind die Berichte der bayerischen Gewerbeaufsichtsbekanntmachung erschienen. Man weiß, daß seit der Revolution der Unternehmer gegen die Berichte der mit sozialem Verständnis ausgerüsteten Fabrikinspektoren, die in die Fußstapfen Bismarcks treten wollten, auf Veranlassung der Regierung in den Fabrikinspektorenberichten alles weglassen muß, was den Unternehmern unangenehm sein und auf die sozialen Zustände ein besonders schlechtes Licht werfen könnte. Diese Berichte sind deshalb sehr trocken geworden und jöhren meistens nur mechanisch und in wenigen Worten die Ermittlungen der einzelnen Beamten auf. Aber auch das Wenigste, das die Beamten sagen dürfen, genügt, um festzustellen, daß die Lage der Arbeiter an sich keine rosigere ist, sie sich in letzten Jahren ganz besonders schlecht gestaltet, und doch — was besonders beachtlich ist — die "Arbeitgeber" in auffälliger Weise die Arbeiter schuldige machen!

In Bayern ist die Gesamtbeschäftigung im Jahre 1908 nur um 1 Prozent gestiegen gegenüber 4,4 Prozent im Vorjahre. Aber während die erwachsenen männlichen Arbeiter nur um 0,6 Prozent zunahm, stiegen die weiblichen um 3,1 Prozent, wozu der Zentralinspektor Oberregierungsrat Priem bemerkt: "Prozentual die größte Zunahme weisen die erwachsenen weiblichen Arbeiter auf, was in der Hauptsache dem Rückgang in den allgemeinen Geschäftslage und dem hierdurch gesteigerten Bestehen der Betriebsunternehmer, sich billigerer Arbeitskräfte zu verschaffen, zuzuschreiben sein wird." In Mittelfranken, der Holz- und Holzindustrie ist die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter unterfranken ist die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter teilweise ziemlich bedeutend gesunken. Die Abnahme betraf die Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie und die Industrie der Steine und Erden. Der schlechte Geschäftsgang brachte in der Textil-, Stein- und Glasindustrie Verringerungen und in manchen Betriebszweigen "Veränderungen der Arbeitszeit notwendig". Damit wird angegeben, daß die Krise ganz allgemein war und fast alle Arbeiter schädigte. Trotz des Arbeitsmangels haben sich die Unternehmer nicht dazu verstehen können, dauernde Verkürzungen der Arbeitszeit vorzunehmen. Die Verkürzung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen von 11 auf 10 Stunden machte nur "langsame Fortschritte". Wo dauernde Verkürzungen der Arbeitszeit in Oberfranken, Mittelfranken und Schwaben vorfallen, waren sie die Folge von Ausständen, Lohn- und Karriernbewegungen — also der Kämpfe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit wurden in Würzburg aber auch wieder "gute Erfahrungen" gemacht. Benannte Stadt führte für die Metzgerarbeiter der Schlachthaus an Stelle des zwölfstündigen den achtstündigen Arbeitstag ein und beseitigte die 24stündige Beschäftigung dieser Arbeiter an den Sonntagen. "Es zeigte sich dabei der günstige Einfluß der verkürzten Arbeitszeit auf den Gesundheitszustand der Arbeiter, ohne daß Nachteile für den Betrieb in ganzen hervortraten." Die Unternehmer aber lassen sich selbst durch so günstige Erfahrungen nicht bewegen, sie selbst durch so günstige Erfahrungen nicht einmal an die dem Beispiel zu folgen. Sie halten sich nicht einmal an die einfachsten Arbeiterbestimmungen. Gestiegen sind die Zündsteinarbeiten gegen Schenksteuer und Verordnungen betr. widerstandlungen gegen Arbeiter um 103 Fälle. Auch die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter gegen Schutzgesetz und die ermittelten Zuwiderhandlungen gegen den Arbeiter-Verordnungen betreffend die Beschäftigung erwachsener Arbeiterinnen haben ... erheblich zugenommen, und zwar die Zahl der Verurteilungen um 145, der beteiligten Anlagen um 314.

Verbreitend unter den Arbeitern wirken die Berufsvereine. Zahlreich sind die Berufsvereine. Ein- und andere Arten von Gesundheitsförderungen wurde durch Einwirkung auftriger Gese hervorgerufen, wie Metallämper,

Amislin und seine Derivate, Schweißkohlenstoff, Terpentin und Benzol. Die Tuberkulose der Lungen wird bei einer größeren Zahl von Arbeitern als Folge fortgesetzter Staubeinatmung angegeben, so bei Porzellan- und Zertilararbeitern, Steinbauern, Schleiern u. a. Außerdem findet sich in den Berichten eine Reihe von Organstörungen angegeben, wie sie sich bei einzelnen Berufsarten typisch zu entwickeln pflegen, z. B. Lungenerkrankung sowie Magenstörungen bei Glasbläsern, Krampfadern und ihre Folgen bei jugendlichen Zertilararbeitern infolge fortgesetzten Stehens am Werkbuhle usw.

Ueber Kinderarbeit wird aus Oberbayern berichtet, daß in einer Guffshütte ein 14jähriger Knabe beim Beschlagen der Pferde verwendet wurde. In einem Lohwerk waren laut Schlußbericht sechs Knaben im Alter von 11 und 12 Jahren angestellt, welche täglich zehn Stunden lang Loh auflegten und eintrugen. 27 Kinder waren im Sommerhalbjahr tätig. In der Heimarbeit kann noch immer von keinem größeren Erfolge im Gebietsverhalte berichtet werden.

Bei den wiederholten Revisionen in Friedberg bei Augsburg, wo Kinder in größerer Zahl bei der Hundholzschneiderei beschäftigt werden, zeigte sich daselbst eine traurige Bild wie seit Jahren: lange Arbeitszeiten bis tief in die Nacht hinein und frühmorgens vor der Schule, Sonntagsbeschäftigung und Verwendung von Kindern weit unter dem gesetzlich zulässigen Alter (von 5 und 6 Jahren ab). Ein 11jähriges Mädchen kommt jeden Morgen, nachdem es bereits zwei Stunden Schachteln gemacht hat, wegen großer Armut in den Schulen zum Unterricht. Ein ähnliches Bild bietet die Papierfabrik in Schwanhausen und Aitting. In Niederbayern wurde in 35 fabrikmäßigen Betrieben ungesetzliche Kinderbeschäftigung festgestellt, darunter war 25 Biegeleien. Auch aus der Walz wird gemeldet, daß Verhältnisse gegen die Bestimmungen des Kinderbeschäftigungsgesetzes besonders in Biegeleien vorkommen. In Oberfranken werden die Kinder in einigen Orten in der Kloppelei, Fieberei und Stickerie in gefährlicher Weise beschäftigt. Und so weiter. Allgemein wird gemeldet, daß die Verhältnisse in der Heimarbeit im großen ganzen noch immer unverändert sind.

Eine besondere Aufmerksamkeit verdient die bayerischen Fabrikinspektoren der Behandlung der Arbeiter. Wie notwendig das ist, zeigt u. a. der Bericht aus Oberbayern, wozu wir schon berichtet haben, daß in einer Buchdruckerei der Beschäftigten in unmittelbarer Verbindung mit dem Segamenthand und kein Fenster ins Freie hatte. In einer Brauerei war der Beschäftigte im Elektromotorraum untergebracht!

Das sind nur einige kleine Bilder, wie sie jedes Jahr von den Gewerbeinspektoren wiedergegeben werden. Gegenüber der Wirklichkeit sind sie nur als Beispiele auszufassen, wie sie tausend- und mehrfach vorkommen. Und das Bemerkenswerteste an ihnen ist, daß sie immer wieder in gleicher Anzahl auftreten! Für die allgemeine Lage der Arbeiter im letzten Jahre war natürlich die Krise die schlimmste Erscheinung. In den Gewerbeinspektorenberichten sind besonders schmerzhaft geäußert worden die Verhältnisse ganz besonders in den unteren Klassen. In Oberfranken gingen die Hausweber bis zu kaum ausreichenden Verdiensten der Hausweber bis zu 40 Prozent zurück. Auch in der Mainfränkischen Kloppelei und Stickerie sind Lohnreduktionen von 5 bis 20 Prozent gegen das Vorjahr zu verzeichnen. Die wirtschaftliche Lage war demnach für einen großen Teil der oberfränkischen Arbeiter während der ersten Hälfte des Berichtsjahres eine gedrückte, sagte der Beamte. Die Lebenshaltung hat sich aber, wie alle Beamten feststellen, im allgemeinen keinesfalls verbessert. Fleischpreise und Brotpreise blieben zum Beispiel in München auf gleicher Höhe. "Dagegen sind die Preise für Gemüse noch gestiegen."

Das ist das Bild, das die bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten von der Lage der Arbeiter im letzten Jahre geben: große Arbeitslosigkeit, vermindelter Verdienst, Lohnreduktionen und dabei eher eine nochmalige Verteuerung der Lebensweise als eine Verbilligung. Dazu Fortbestehen der billigen Heimarbeit, der Kinderarbeit, Zunahme der Beschäftigung billigerer weiblicher Arbeitskräfte und eine rückwärtslose Entwicklung der Arbeiterbeschäftigung. Der einzige Widerspruch in diesem Zustände ist die Zunahme der gewerkschaftlichen Organisationen, weshalb auch berichtet wird, daß infolge des Drängens der Arbeitervereine die Kürzung der Arbeitszeit und die sonstige Regelung der Arbeitsbedingungen Fortschritte machten. Wo die Arbeiterorganisationen aber sehr schwach sind, wie zum Beispiel in der Papierindustrie, über die von den Beamten besondere Erhebungen gemacht worden sind, liegen die Verhältnisse schlechter. In einzelnen Landbezirken findet man teilweise noch sehr niedrige Löhne, sagt der Bericht, noch sehr niedrigem Lohn bis 15 Stunden täglich. Woraus und die Arbeitszeit dauert bis 15 Stunden täglich. Woraus und die Arbeiter wieder ersehen können, daß ihre ganze und alleinige Hilfe in der Organisation liegt! Das lehrt uns die Berichte der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten.

## Der Poststreik.

Der Kampf der Post- und Telegraphenbeamten, den die bayerische Presse etwas vorzeitig als "unabhängig gelöst" erklärt, hat den Erfolg gehabt, daß sich die Regierung veranlaßt sieht, der Frage des